



Antrag

der Fraktion der SPD

Eine verantwortliche Finanzpolitik für ein starkes Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Die aktuelle Krise Europas kann nur überwunden werden, wenn es gelingt, in der Europäischen Union eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik einzuführen, die mit einer koordinierten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verbunden wird. Ziel dieses Gesamtkonzeptes ist nicht, kurzfristig die negativen Entwicklungen im europäischen Währungsraum zu bekämpfen, sondern die europäische Politik auf neue stabile Grundpfeiler zu stellen.

Leitlinien dieses Konzeptes müssen sein:

- ein klares politisches Bekenntnis zur europäischen Einigung und zur gemeinsamen Verantwortung für ein stabiles Europa
- ein soziales Europa, in dem nicht die Finanzmärkte die Politik bestimmen, sondern die Bürgerinnen und Bürger und der Primat der Politik gilt
- eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die bei der Konsolidierung öffentlicher Haushalte nicht einseitig auf Einsparungen setzt, sondern auch neue Möglichkeiten für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Einnahmeverbesserungen schafft.

Zur Umsetzung dieses Konzeptes gehören Programme zur Förderung von Ausbildung, zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie für den Ausbau von Arbeitnehmerrechten.

Ebenso zählt dazu die Schaffung von gemeinschaftlich verbürgten Staatsanleihen in der Eurozone. Flankierend sind folgende Maßnahmen zwingend erforderlich:

- eine effektive Finanzaufsicht
- die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie
- die stärkere Regulierung der Finanzmärkte.

Nur eine gemeinsame Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik garantiert die Zukunft Europas mit Wohlstand, Beschäftigung und sozialer Sicherheit. Wir fordern die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, diese Maßnahmen zu realisieren.

Begründung:

Am 23. September 2011 wird der Deutsche Bundestag über den erweiterten Euro-Rettungsschirm EFSF entscheiden, auf den sich im Juli 2011 die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone geeinigt haben.

Rolf Fischer
und Fraktion